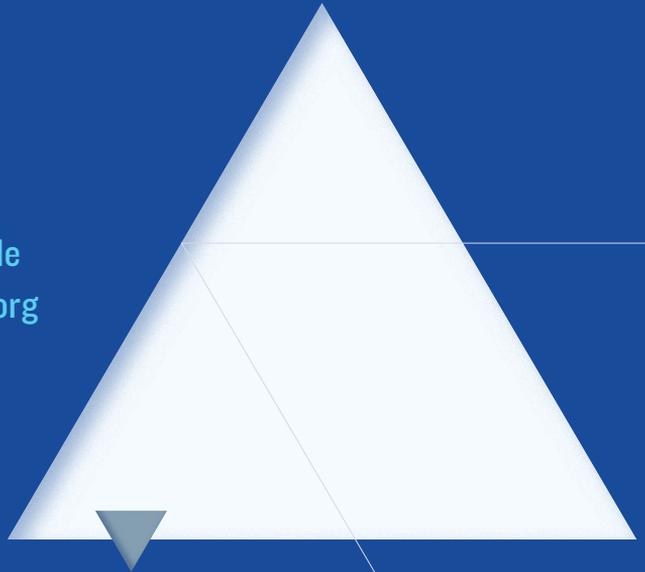




KEIN AL QUDS TAG

Gemeinsam gegen jeden Antisemitismus

noalquds.blogspot.de
noalquds@systemli.org



IMPRESSUM

Die Broschüre zu den Protesten gegen den AI Quds-Tag 2018 wird herausgegeben vom antifaschistischen Bündnis gegen den AI Quds-Tag.

Die Beiträge im Heft spiegeln nicht unbedingt die Meinung des gesamten Bündnisses und der Verteiler*innen wieder. Dieses Heft bleibt bis zur Aushändigung an die Adressat*innen Eigentum der Absender*innen.

Wir verwenden die geschlechtsneutrale Form „*innen“ um neben dem männlichen Geschlecht und weiblichen Geschlecht auch Menschen die sich nicht ins zweigeschlechtliche Raster einfügen (wollen), zu repräsentieren.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts ist
Rosa Stern, Straße der Befreiung 45, 12053 Berlin

LIEBE LESER*INNEN,

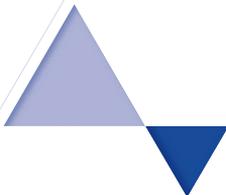
das antifaschistische Bündnis gegen den Al Quds-Tag ist ein Zusammenschluss linker und antifaschistischer Gruppen, sowie Einzelpersonen aus Berlin. Schon seit mehreren Jahren informieren und demonstrieren wir gegen den alljährlich stattfindenden islamistischen Marsch, der zum Ende des Ramadans (arabischer Fastenmonat) auch in Berlin zur Tradition von hunderten Antisemit*innen geworden ist.

Dieses Jahr wollen wir mit einer Demonstration, einer Kundgebung und anschließenden Protesten wieder aktiv werden und gegen den größten antisemitischen Aufmarsch in Deutschland mobilisieren. Neben Info- und Mobilisierungsveranstaltungen im Vorfeld der Aktionen am 9. Juni, sowie einem gemeinsamen Soli-Tresen am selbigen Abend, bringt das Bündnis nun eine Textsammlung heraus in Bezug auf die jüngsten Proteste im Iran.

Neben dem Aufruf zu den diesjährigen Protesten, sollen die exemplarisch ausgewählten und abgedruckten Texte einen Einblick in die aktuelle Situation im Iran geben, informieren und zu Diskussionen beitragen.

Solidarität mit den emanzipatorischen Kräften im Iran!

Wir sehen uns bei den Vorträgen und vor allem am 9. Juni bei der Demonstration gegen den Al Quds-Tag.



GEGEN JEDEN ANTISEMITISMUS – KEIN QUDS-MARSCH IN BERLIN!

22 JAHRE — so lange schon ziehen Jahr für Jahr hunderte Antisemit*innen zum Al Quds-Tag durch Berlin. Sie demonstrieren für die Vernichtung Israels und seiner jüdischen Bewohner*innen. Ihren Marsch inszenieren sie als „Kampftag der Unterdrückten der Welt“. Doch ihr Kampf ist vor allem eines: ein Kampf gegen die Existenz von Jüdinnen*Juden. Ausgestattet mit den Symbolen der Hisbollah, des iranischen Regimes und anderer mörderischer Antisemit*innen werden sie auch 2018 wieder durch Charlottenburg ziehen.

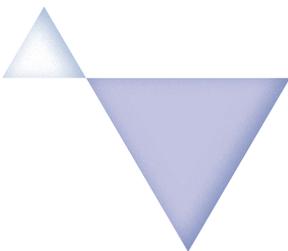
39 JAHRE — so lange ist es her, seit das islamistische Regime im Iran die Macht übernommen hat. Kaum an der Macht, rief Ayatollah Chomeini den Al Quds-Tag aus. Er rief alle Muslime weltweit dazu auf, am letzten Freitag im Ramadan für die Eroberung Jerusalems zu demonstrieren. Und bis heute folgen ihm Unzählige. In Teheran beim staatlich verordneten Feiertag, in London, in Wien und in Berlin. Der Kampf gegen Israel, so hieß es anlässlich des ersten Al Quds-Tages, stelle „das Hauptziel des langfristigen Jihad des iranischen Volkes gegen die Feinde der Menschheit dar“. Und so ist es bis heute. Der mörderische Antisemitismus ist konstituierender Bestandteil der Staatsideologie. Er äußert sich in den fortlaufenden Versuchen Atomwaffen gegen Israel zu beschaffen genauso, wie bei dem im Iran stattfindenden „Hourglass Festival“, bei dem in diesem Jahr die baldige Zerstörung Israels gefeiert werden und dessen Abschlusszeremonie am Al Quds-Tag stattfinden soll. Aber nicht nur Israel wird seit 1979 vom Regime bedroht, sondern auch unzählige Menschen im Iran selbst. Denn auch unter dem von der deutschen Appeasement Politik als Reformler angepriesenen Hassan Rohani müssen Homosexuelle fürchten öffentlich hingerichtet zu werden. Frauen werden eingesperrt und gefoltert, wenn sie gegen die religiös patriarchalen Vorstellungen der Mullahs verstoßen. Und alle, die ein Leben ohne den Islam führen wollen, müssen fürchten als Ungläubige verfolgt und getötet zu werden.

70 JAHRE — seit 1948 bietet Israel allen Menschen, die als Jüdinnen*Juden verfolgt werden Schutz. Es ist ein Ort, an dem die Überlebenden der Shoah Sicherheit finden konnten. Es ist ein Ort, an dem unzählige Menschen, die aus den unterschiedlichsten Ländern vertrieben worden sind, frei von der Furcht leben können auf Grund ihres Jüdisch-Seins verfolgt zu werden. Es ist vor allem ein Ort, an dem der Schutz von Jüdinnen*Juden in den Händen ebenjener liegt. Die Geschichte hat gezeigt, dass es kein Verlass darauf gibt, dass andere Willens und in Lage dazu sind diesen Schutz zu garantieren. Und die Gegenwart bestätigt diese Erkenntnis. Die Bundesregierung hofiert regelmäßig das iranische Regime und aus Deutschland fließen aktuell riesige Summen in den Iran, die auch dazu beitragen, das Land auf einen Krieg gegen Israel vorzubereiten. Deutsche Exporte tragen dazu bei das Regime aufzurüsten. So wurde etwa mit Bestätigung des Bundeswirtschaftsministerium Material in den Iran geliefert, das dort zur Herstellung von Chemiewaffen genutzt werden kann.

73 JAHRE — seit dem 8. Mai 1945 gibt es angeblich keinen Antisemitismus mehr in Deutschland. Auf wundersame Weise scheint sich an diesem Tag die Nation der Täter*innen, die Nation, die Auschwitz möglich gemacht hat, in eine Nation frei von Antisemitismus verwandelt zu haben. Antisemitismus findet seither nur noch in staubigen Geschichtsbüchern und bei alljährlichen Kranzabwurforgien Erwähnung. Aber er Und doch war er immer da. Er war 1959 da, als von Köln ausgehend in ganz Deutschland innerhalb eines Monats etwa 700 jüdische Einrichtungen von unbekanntem Täter*innen mit Hakenkreuzen beschmiert wurden. Er war 1969 da, als Linke, um den Kommune I Gründer Dieter Kunzelmann, versuchten hunderte Shoah-Überlebende bei einer Gedenkveranstaltung am 9. November in Berlin-Charlottenburg mit einer Brandbombe zu verbrennen. Er war 1985 da, als Helmut Kohl am Grab von Männern der Waffen-SS einen Kranz niederlegte. Er war da, als im Freudentaumel der Wiedervereinigung von allen Seiten die Rufe nach einem Schlussstrich unter der deutschen Geschichte laut wurden. Und er ist heute da, wenn die Recherche und Informationsstelle Antisemitismus allein in Berlin über 1100 antisemitische Vorfälle in einem Jahr zählt. In den letzten Jahren ist häufig die Rede von einem „importierten Antisemitismus“, der mit Geflüchteten aus muslimischen Ländern gekommen sei. Während also Rechtspopulist*innen und weite Teile der deutschen Gesellschaft den Kampf gegen Antisemitismus unter Muslimas*Muslimen nur aus einer rassistischen Motivation heraus führen, leugnen und verstecken sie den eigenen Antisemitismus. Doch die Deutschen haben auch nach 1945 immer wieder bewiesen, dass sie keine Hilfe von außen brauchen um Jüdinnen*Juden zu bedrohen.

12 MONATE — vor einem Jahr waren wir das letzte Mal gegen den Al Quds-Marsch auf der Straße. Und auch in diesem Jahr werden wir wieder da sein. Wir werden demonstrieren gegen die Klerikal-faschist*innen, gegen die Verschwörungsideolog*innen, gegen alle, die am 9. Juni ihren antisemitischen Hass auf den Ku'damm bringen werden. Es steht zu befürchten, dass sie in diesem Jahr noch selbstbewusster auftreten. Vom Iran befehligte Truppen stehen in Syrien nicht weit von der israelischen Grenze, die Bundesregierung unterstützt das Regime in einer bislang unbekanntenen Intensität und die Hamas hat mit dem Marsch auf die israelische Grenze einen weltweiten PR-Coup gelandet. Aber auch der anhaltende Widerstand gegen das iranische Regime hat Aufwind in diesem Jahr. Die Berichte über die massiven Proteste in den vergangenen Monaten haben gezeigt, dass das Regime im Iran nicht unhinterfragt bleibt. Symbolisch für das Streben nach Freiheit sind die Bilder von Frauen, die dem Beispiel von Vida Movahed folgten, die aus Protest gegen die repressive Ordnung im Zentrum Teherans auf einen Stromkasten stieg – in ihrer Hand einen Stock, darauf ihr weißes Kopftuch.

HEUTE — die Demonstration zum Al Quds Tag ist einer der größten antisemitischen Aufmärsche in Berlin. Für uns als antifaschistisches Bündnis ist deshalb klar: 22 Jahre Al Quds-Tag in Berlin sind 22 Jahre zu viel! Nicht nur am Al Quds-Tag, sondern auch an jedem anderen Tag des Jahres gilt es, sich jeglicher Form von Antisemitismus und Antizionismus entgegenzustellen. Antifaschismus bedeutet einzustehen für das Selbstverteidigungsrecht des Schutzraums von Jüdinnen*Juden, bedeutet Solidarität mit Israel gegen die tagtäglichen Vernichtungsdrohungen. Es gilt, eine emanzipatorische Kritik am politischen Islam und seinen Vertreter*innen zu formulieren, an islamistischer Agitation in Deutschland und Europa, am Terror von Hamas, Hisbollah. Ebenso gilt es, den deutschen Kooperationen mit diktatorischen Regimen wie dem Iran entgegenzutreten und der finanziellen und politischen Förderung aus dem Iran gesteuerter Verbände, wozu die Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden (IGS) und das Islamische Zentrum Hamburg gehören. Antifaschismus heißt auch, sich all dem in den Weg zu stellen, ohne scheinheilige Zurückhaltung im Sinne einer angeblich größeren linken Sache. Dabei stehen wir ebenso an der Seite der Verfolgten und der Opfer des politischen Islam und der islamistischen Regime, die seit Jahren vor Ort ihr Leben für Menschenrechte und Meinungsfreiheit riskieren.



**WEG MIT DEM
AL QUDS-TAG!**

**WEG MIT DEM
ISLAMISCHEN REGIME!**

**GEGEN JEDEN
ANTISEMITISMUS!**

**NIE WIEDER
DEUTSCHLAND!**

**SOLIDARITÄT
MIT ISRAEL!**



DER ANTISEMITISMUS DES IRAN UND DIE ORGANISATIONSSTRUKTUREN DER AL-QUDS-MÄRSCHEN IN BERLIN

VON KAZEM MOUSSAVI

Der Autor ist Sprecher der Green Party of Iran, Mitglied von „Stop the Bomb“ und Herausgeber von „Iran Appeasement Monitor“

Alljährlich organisiert der Iran weltweit die Al-Quds-Märsche zur Eroberung Jerusalems und Vernichtung Israels. Außerdem veranstaltet er Holocaust-Karikatur-Festivals, um die Shoah zu leugnen. Aufgrund des passiven Hinnehmens des institutionalisierten iranischen Antisemitismus durch Deutschland, das eine besondere historische Verantwortung gegenüber den Opfern des Holocaust und für den Schutz des jüdischen Staates Israel hat, konnte der Iran sich als wichtiger Förderer des antijüdischen Hasses im europäischen Raum etablieren. Der Aufstieg der Rechtspopulisten und die direkt oder indirekt mit dem iranischen hegemonialen Krieg im Nahen Osten verbundenen terroristischen Aktivitäten des IS im Westen helfen dem schiitisch-apokalyptischen Regime, sein antisemitisches Netz zu erweitern und zu verdichten. Der Iran arbeitet schon seit langem eng mit extremen rechten und antisemitischen Gruppen einschließlich Neonazi-Organisationen in Europa zusammen.

DER ANTISEMITISMUS DES IRAN BIETET EIN DACH FÜR DIE SCHLIMMSTEN FORMEN UND PRAKTIKEN DES ANTISEMITISMUS, DIE ES HEUTZUTAGE GIBT

Der staatliche Antisemitismus des Iran kanalisiert fast alle kontemporären anti-amerikanischen, antijüdischen und anti-israelischen Strömungen und Ansichten für die Ideologie und Politik der islamischen Republik auf der ganzen Welt:

Er ist eine Verbindung von altem und neuem Antisemitismus und tief im Glauben verankert, als zentraler Motor des Jihadismus. Der islamische, im



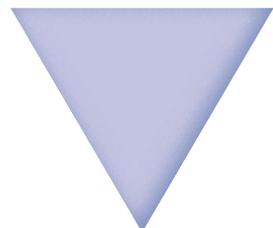
Koran begründete Antijudaismus betrachtet die Juden als Feinde des heiligen Propheten Mohammad, dem Verkünder der letzten und vollendeten Religion: dem Islam, und bezeichnet sie als nicht erleuchtet, unrein und böseartig.

Der Antijudaismus des schiitischen Systems mündet in seiner politischen Praxis in ein Amalgam aus religiösem Judenhass und einem in Europa seit dem späten 19. Jahrhundert entwickelten Antisemitismus, dessen Kulminationspunkt der deutsche Vernichtungsantisemitismus war. Wie Hitler bezeichnen die iranischen Machthaber die Juden als Agenten Amerikas und der verderblichen westlichen Zivilisation, als dekadent und als unrettbar und daher nicht überlebenswürdig. In diesem Rahmen propagieren sie auch, dass die Juden die Homosexualität erfunden hätten, um die reinen islamischen Menschen ins Verderben, in die Hölle zu treiben.

Die paranoiden Verschwörungstheorien der Nationalsozialisten, die dem deutschen Vernichtungsantisemitismus eine breite Basis verschafft hatten, finden sich in der Propaganda des Regimes wieder, das die Juden oder die Zionisten oder Israel zur Wurzel aller internationalen Probleme erklärt und für alle Gräueltaten in der Welt und im Nahen Osten verantwortlich macht. Sie seien die Strippenzieher hinter jeglichen Auseinandersetzungen in der islamischen Welt.

Aus dieser Paranoia generiert sich auch die absurde Politik antiimperialistischer und antizionistischer Linker, die Israel als Repräsentanten oder Marionettenspieler des amerikanischen Imperialismus betrachten, während das antisemitische Ressentiment beispielsweise bei den Menschenrechtsverletzungen und kriegerischen Unternehmungen der Mullahs im Irak, Syrien, Libanon, Jemen und gegen Israel von ihnen vollständig ignoriert wird.

Der iranische Antisemitismus muss unbedingt ernst genommen werden. Er hat eine jihadistische Weltuntergang-Agenda, die mit dem Gewaltinstrument Atom-Raketen die schiitische Weltherrschaft unter der absoluten Macht des Religionsführers durchsetzen soll. Iran hat dafür genügend Finanzressourcen und militärische Potentiale und wird von rechten und linken Iran-Lobbyisten, vom Appeasement und angeblichen Pazifisten im Westen gestützt, die jede berechtigte Kritik am Antisemitismus, Fundamentalismus und Terrorismus der islamischen Republik als rassistisch und gegen Muslime gerichtet propagieren. Dies kommt der Expansionspolitik der Mullahs zugute.



ORGANISATIONSSTRUKTUREN DER AL-QUDS-MÄRSCHHE IN BERLIN



Der christliche Fundamentalist Jürgen Grassmann ist ein loyaler Anhänger des Religionsführers Ali Khamenei. Grassmann durfte ihm auf der Intifada-Konferenz in Teheran 2016 sein Lobgedicht vortragen: „Sie, Imam Khamenei sind das Licht des Universums, Sie sind das Licht der islamischen Ummah“. Khamenei bezeichnet die Intifada als „heiligen Widerstand“ gegen das „Krebsgeschwür Israel“. Er veröffentlichte 2016 auf seiner offiziellen Website ein Video mit dem Titel „Are the Dark Ages Over“, in dem er erneut den Holocaust in Frage stellte.

Grassmann fungiert als Handlanger der iranischen Organisatoren des Al Quds-Marsches in Berlin, des Islamischen Zentrum Hamburg (IZH) und der schiitischen Gemeinden Deutschlands (IGS). Zudem ist Grassmann ein enger Verbündeter der iranischen Botschaft und der von dieser geförderten Al-Reza-, Al-Nour-, Emam Ali-, Al-Qaem und Al-Moustafa-Moscheen in Berlin. Sie sind seit Jahren Sammelpunkte zur Mobilisierung der Anhänger und Unterstützer der libanesischen Hizbollah, der Hamas, des Islamic Jihad Movement in Palestine, der Turkish Hizbollah, der Mahdi's Army und dergleichen, die alle zur Teilnahme am Al-Quds-Tag aufrufen.

Hamidreza Torabi, Stellvertreter des Vorsitzenden des IZH Ayatollah Reza Ramazani und Direktor der islamischen Akademie, führte am 2.7.2016 die antiisraelische Al-Quds-Demonstration in Berlin an. Yavuz Özoguz trat währenddessen als Parolen-Rufer auf. Der Islamist Özoguz betreibt das Internetportal „Muslim-Markt“ und ist für die Organisation „Islamischer Weg e.V.“ in Delmenhorst verantwortlich. Zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen des Al-Quds-Tages ist der Libanese Hassan Rahman. Er ist ein wichtiger Funktionär im Rat der Islamischen Gemeinschaft in Hamburg, dem auch Ayatollah Ramazani (IZH) und Mustafa Joldash (Schia-Forum) angehören.

Hamidreza Torabi, Stellvertreter des Vorsitzenden des IZH Ayatollah Reza Ramazani und Direktor der islamischen Akademie, führte am 2.7.2016 die antiisraelische Al-Quds-Demonstration in Berlin an. Yavuz Özoguz trat währenddessen als Parolen-Rufer auf. Der Islamist Özoguz betreibt das Internetportal „Muslim-Markt“ und ist für die Organisation „Islamischer Weg e.V.“ in Delmenhorst verantwortlich. Zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen des Al-Quds-Tages ist der Libanese Hassan Rahman. Er ist ein wichtiger Funktionär im Rat der Islamischen Gemeinschaft in Hamburg, dem auch Ayatollah Ramazani (IZH) und Mustafa Joldash (Schia-Forum) angehören.

Die IGS und das IZH nutzen außerdem die iranische „Wiesbadener Akademie für die Integration“ unter der Leitung von Dawood Nazirzadeh (SPD, FES, IGS) als Propaganda- und Mobilisierungsmedium zur Aktivierung der afghanischen und syrischen schiitischen Flüchtlinge für den Al-Quds-Tag. Beteiligt sind auch, wie jedes Jahr, die Mitglieder der islamischen Jugendgruppe „Feder“ in Hannover, die von Mustafa Joldash und Javuz Özoguz dirigiert werden. Zu den Teilnehmern gehören ebenso die Aktivisten der libanesischen „Al-Mustafa Moschee“ in Bremen und die iranische Vereinigung Muslimischer Studierender Bremen (VMSB) sowie die Stiftung für Islamische Studien (SIS) e.V. und die IGS Regionalvertretungen (Nord-Ost und Mitte-West). Die SIS an der Universität Bochum und die IGS-Ost organisieren Busse aus Nordrhein-Westfalen und Brandenburg zum Al-Quds-Tag in Berlin.

Zudem sind die Repräsentanten der ultra-orthodoxen Sekte „Neturei Karta“ aus Österreich und den Benelux-Staaten und der Herausgeber des Online-Magazins „Der Israelit“, Reuven Cabelmann, in Deutschland Teilnehmer und Redner am Al-Quds-Tag. Ayatollah Mohammad Ali Taskhiri, Berater Ali Khameneis in Religionsfragen, ist Kontaktmann zu dieser Sekte in den westlichen Ländern. Taskhiri wird dabei von Mohammad Ali-Ramin, dem Gründer der so genannten Teheraner Holocaust-Stiftung zur Leugnung der Shoah, unterstützt. Derzeit wird die Sekte im Rahmen der Teilnahme am Al-Quds-Tag von Amir Moujani, dem Kulturattaché der iranischen Botschaft in Berlin, gefördert. „Neturei Kartas“ Hauptmotiv ist Hass auf Israel. Ein Mitglied arbeitete zusammen mit dem Berliner Mullah-Botschafter als Spion für den Iran in Israel.

Die iranische, staatliche Pars Today German (IRIB) sitzt im Bundespressehaus in Berlin und präsentiert von dort aus auch Press TV, das in Deutschland verboten ist. Pars Today und Press TV sind Berichterstatter der Berliner Al-Quds-Märsche für die vom Iran geförderten Hizbollah-Radio- und TV-Sender Al Nour, Al Manar und Al Mayadin im Nahen Osten. Sie führen einen digitalen Krieg gegen Israel zur Eroberung von Quds (Jerusalem). Von diesen Strukturen profitieren die iranische Botschaft, die Geheimdienste und die Al-Quds-Brigade der Revolutionsgarden. Der vom Iran angeheuerte pakistanische Spion „Seyed Mustufa Haider“ wurde kürzlich wegen seiner Zusammenarbeit mit iranischen Geheimdiensten aufgrund von Spionage und Anschlagplänen gegen den SPD-Politiker und Ex-Präsidenten der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG), Reinhold Robbe, verurteilt. Er stand mit dem Delmenhorster Verein „Der islamische Weg“ und der „Al-Mustafa Moschee“ in Bremen in Kontakt.

Die Ansar-e-Hizbollah, deren Mitglieder in Deutschland auf 1000 Personen geschätzt werden, werden durch die Al-Quds-Brigade gesteuert. Die Hizbollah und die iranischen Geheimdienste haben in der Vergangenheit in Europa (so auch in Berlin und Bonn) dutzende Regimegegner ermordet

und weltweit hunderte Terrorattentate gegen amerikanische und israelische Einrichtungen ausgeführt.

Die Organisatoren des Al-Quds-Marsches fördern den Terrorismus der Mullahs, deren Hauptopfer die aktiven Regime-Change-Oppositionellen und die jüdischen Menschen in Deutschland und in Israel sind.

DIE „MODERATEN“ ROUHANI UND ZARIF BEIM TEHERANER AL QUDS-MARSCH

Bei den antidemokratischen Präsidentschaftswahlen am 19. Mai 2017 hat Khamenei eine zweite Amtszeit von Hassan Rouhani bewilligt. Er wird als angeblicher Reformler vom Appeasement und deutschen Kulturrelativismus propagiert und bejubelt. In der ersten Amtszeit Rouhanis wurden mehr als 3000 Iraner hingerichtet.

Rouhani und sein angeblich moderater Außenminister Javad Zarif haben in den letzten vier Jahren den antiisraelischen Al-Quds-Marsch in Teheran stolz angeführt. Rouhani sagte aus Anlass des Al-Quds-Tags am 1.7.2016: "Israel ist die Basis für die Überheblichkeit des zionistischen Regimes und der USA in der Region". Während seiner Rede wurde „Tod USA, Tod Israel!“ gerufen.

Zarif betonte in einem Gespräch am 4.3.2015 mit Ann Curry (NBC): "It (Israel) should be annihilated. That this regime is a threat, is a threat".

Der Al-Quds-Marsch der islamischen Republik ist zu verbieten. Er vereinigt Antisemiten jeglicher Couleur und radikalisiert und beschleunigt so die Entwicklung des Antiamerikanismus und Antiisraelismus in Europa. Das beeinträchtigt auch die Sicherheit in Deutschland.

Die deutschen Beziehungen zum Iran sollten in jeder Hinsicht direkt von dessen Anerkennung der Existenz und Legitimität von Israel und der konsequenten Einstellung der Hinrichtungs- und Terrorpolitik im Inneren und im Ausland abhängen. Das wäre tatsächlich ein Beitrag für die Freiheit und Demokratie im Iran.



WIE DEUTSCHLAND DEM IRAN WIRKLICH HELFEN KANN

VON KAZEM MOUSSAVI

Als seit Jahren im deutschen Exil lebender Sprecher der oppositionellen „Green Party of Iran“ stehe ich an der Seite der iranischen Bevölkerung, die Freiheit und Menschenrechte in ihrem Land fordert und die moralische und politische Unterstützung Deutschlands dringend braucht.

Seit einer Woche gehen die Protestierenden im gesamten Iran auf die Straßen. Sie kämpfen friedlich gegen ein Regime, das seinen Anspruch auf religiöse Weltherrschaft mit weltweiten Terrorakten und Hegemonialkriegen in Syrien, im Irak, Libanon und Jemen ohne Rücksicht auf Verluste durchzusetzen bereit ist. Bei den Demonstrationen wird regelmäßig skandiert: „Weder Gaza noch Libanon! Ich gebe mein Leben für Iran!“

Die Islamische Republik gibt Milliardenbeträge für den Bau von Atomraketen aus. Ebenso finanziert man großzügig die Hamas und weitere antisemitische Terrorgruppen sowie internationale Holocaust-Leugnungspropaganda mit dem erklärten Ziel, Israel zu vernichten.

Unmittelbar nach der ersten Demonstration in Maschhad versuchten das Regime im Iran und seine Lobbyisten im Westen, den Protest als Verschwörung der Hardliner gegen den sogenannten Reformen Ruhani zu brandmarken.

Der Ruf der Menschen in Maschhad zielte aber sowohl auf die Hardliner um Khamenei als auch ihre angeblich moderaten Partner wie Ruhani ab. Sie riefen: „Nieder mit dem Diktator! Nieder mit Hisbollah!“ Damit protestierten sie explizit gegen die schiitischen Terrorkräfte und die Kuds-Streitmacht im Nahen Osten und dagegen, dass Ruhani die Kriege der Hardliner in der Region ungebrochen weiterführt.

Außerdem gefordert wurde: „Mullahs raus aus Syrien! Tut etwas für die Iraner! Wir wollen Brot, Arbeit und Freiheit!“ Hintergrund ist, dass entgegen den Wahlversprechungen Ruhanis keine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation im Land stattgefunden hat. So wenig wie die von ihm angekündigte politische Öffnung, die angesichts eines apokalyptisch religiösen klerikalfaschistischen Systems im Iran sowieso nicht machbar ist.

Die durch den Atomdeal und die damit verbundene Aufhebung von Sanktionen frei gewordenen Gelder und die zunehmenden Gewinne aus Öl- und Gasgeschäften wurden in Langstreckenraketenprogramme, die Revolutionsgarde und den Krieg in Syrien und im Jemen investiert. Im Land hingegen herrschen extreme Armut, Arbeitslosigkeit, Drogenabhängigkeit, Prostitution, staatliche Korruption und desaströse Umweltverschmutzung.

Ruhanis Regierung hat versucht, die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit willkürlichen Repressionen, Verhaftungen und Hinrichtungswellen zu bekämpfen. Maßnahmen, von denen vor allem Frauen betroffen sind, die mittels Kleidungs Vorschriften, Zwangsverschleierung bis hin zu Zwangskinderehen und organisierten Säure- und Messerattacken permanent tyrannisiert werden.

Iranversteher wie etwa Omid Nouripour (MdB/Die Grünen) versuchen, die unmissverständlichen Forderungen der Demonstrierenden – „Nieder mit der Islamischen Republik!“ und „Freiheit für alle politischen Gefangenen!“ – als bloßen Protest gegen „sozioökonomische Missstände“ zu diffamieren.

Nouripour hat darüber hinaus gefordert, dass Europa klarmachen müsse, „dass es uns nicht wie dem US-Präsidenten Trump darum geht, das Regime abzusetzen“. Und René Springer (MdB/AfD) twitterte: „Lieber ein stabiles Mullah-Regime als ein zweites Syrien mit hunderttausenden Toten und Millionen Flüchtlingen.“

Zu kritisieren ist zudem die öffentliche Berichterstattung über die Iranproteste, die in Deutschland vornehmlich im Interesse der Appeasementpolitik betrieben wird. So wird berichtet, dass die vielen Videos und Berichte von den Protesten und den getöteten Opfern sich nicht überprüfen ließen. Außenminister Gabriel hat auf die Proteste und die tödlichen Angriffe auf friedliche Demonstranten nur mit einem zögerlichen Appell an die Menschenrechte reagiert, ausgerechnet an ein Regime, das seit 39 Jahren tagtäglich willkürlich inhaftiert, foltert, amputiert und hinrichtet.

Während die USA die Weltgemeinschaft zur Solidarität mit der iranischen Bevölkerung aufgerufen haben, forderte die Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, in einer blamablen Täter-Opfer-Umkehrung alle Seiten im Iran zum Gewaltverzicht auf.

Informationen aus dem Iran besagen, dass die Revolutionsgarde Teile ihres terroristischen Arms Hisbollah und der Al-Kuds-Brigade unter dem Befehl Qassem Soleimani aus Syrien in iranische Städte verlegt. Zur Eindämmung der Proteste hat das Regime außerdem Internet- und Kommunikationsnetzwerke blockiert.

Westliche Journalisten dürfen nicht frei über die Aufstände berichten. Sicherheitskräfte schießen auf unbewaffnete Demonstranten. Es gibt bisher Dutzende Tote, Hunderte Verletzte und über Tausende Verhaftungen zu beklagen.

Für die Todesopfer macht das Regime die Opposition im Exil und (!) seinen salafistischen Konkurrenten IS verantwortlich, die beide (!) laut Ali Khamenei angeblich von den USA und Israel gesteuert werden. Ruhani hat offenbar in einem Telefonat den französischen Präsidenten Emmanuel Macron aufgefordert, die größte Oppositionsgruppe Mojahedin-e-Khalq/NWRI nicht mehr im Land zu dulden.

Wir müssen aus der Geschichte lernen. Im Sommer 2009 entstand eine einmalige Bürgerrechtsbewegung, die Millionen Iraner erfasste. Deren Erfolg hätte die weltweite Bedrohung durch die Atomprojekte des Regimes endgültig beenden und dem „arabischen Frühling“ zum Sieg der säkular-demokratischen Demonstranten verhelfen können. Hunderttausende Tote in Syrien und Millionen Geflüchtete aus der Region hätten verhindert werden können.

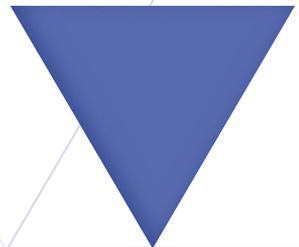
Während der iranischen Massendemonstrationen aber haben die USA mit Vertretern des damaligen Präsidenten Ahmadinedschad verhandelt. Die Menschen auf den Straßen Irans haben um Unterstützung gebeten. Verblendet haben die USA und Europa am menschenverachtenden System festgehalten und die Proteste der leidenden Menschen ignoriert.

Im Iran weht nun wieder die Luft der Freiheit. Das klerikalfaschistische Regime und eine offensichtliche Appeasementpolitik Europas werden gegen die zunehmend unkontrollierbaren Proteste früher oder später verlieren. Die Islamische Republik fürchtet sich vor der eigenen Bevölkerung und der demokratisch-säkularen Opposition im Exil.

Diese Kräfte muss die Bundesregierung durch Sanktionen gegen den einzig Macht erhaltenden Apparat des Regimes, die Revolutionsgarde, unterstützen. Deutschland gehört zu den wichtigsten Wirtschaftspartnern des Regimes.

Daraus entsteht eine menschenrechtliche Verantwortung gegenüber den auf den Straßen Irans gegen Unterdrückung und für universelle Rechte wie Freiheit, Gleichheit und Demokratie kämpfenden Menschen.

Es darf sich dabei nicht bloß wie bisher um Lippenbekenntnisse handeln, sondern um praktische Unterstützung: Das Appeasement und die Wirtschaftsbeziehungen müssen umgehend beendet werden.



SOLIDARITÄT MIT DEN FEMINISTISCHEN KÄMPFEN IM IRAN

Schon seit Ende vergangenen Jahres wird die Islamische Republik Iran von Protesten in einer Größenordnung ergriffen, wie es sie seit 2009 nicht mehr gegeben hat. Die Menschen demonstrieren nicht nur gegen die wirtschaftliche Lage, die Korruption und die tagtäglichen Repressionen: Im ganzen Land richten sie ihren Protest mittlerweile dezidiert gegen die Islamische Republik als Ganzes und riskieren so ihr Leben. Im Januar gingen die Bilder von Vida Movahed um die Welt, die aus Protest gegen die Islamische Republik und die repressive Kleiderordnung im Zentrum Teherans auf einen Stromkasten stieg – in ihrer Hand einen Stock, darauf ihr weißes Kopftuch. Unter Rufen wie „Nieder mit der Islamischen Republik“ und „Tod den Mullahs“ zeigen die Protestierenden, dass es ihnen nicht um eine Reform geht, sondern um einen Umsturz. Besonders die Unterdrückung von Frauen, die konstituierendes Element des Regimes ist, wird nicht mehr länger hingenommen. Sinnbildlich dafür wollen sich immer mehr Frauen von ihrer Zwangsverschleierung befreien, sogar auf die Gefahr hin auf ungewisse Zeit inhaftiert zu werden.

Am 12. Februar fanden im Maritim Hotel in der Stauffenbergstraße in Berlin, zum wiederholten Male die Feierlichkeiten des iranischen Regimes zum Jahrestag der Islamischen Revolution (39. Jahrestag der Gründung der Islamischen Republik) statt. Gemeinsam mit Exil-Iranischen Gruppen hatte auch das Berliner Bündnis gegen den Al Quds-Tag zu einer Protestkundgebung gegen den Empfang des Regimes aufgerufen.

Neben Anderen hielt auch Mina Ahadi von der Arbeiterkommunistischen Partei des Iran (API) eine Rede bei dieser Kundgebung. Mit leidenschaftlichen Worten rief sie zur Solidarität mit den kämpfende Frauen im Iran auf. Einen Ausschnitt der Rede, die insbesondere zum bevorstehenden Frauenkampftag am 8. März mobilisieren sollte, wollen wir hier dokumentieren.

„Millionen Frauen waren 1979 auf der Straße und ich war eine von ihnen. Wir haben gesagt: „Wir möchten kein islamisches Regime. Wir möchten kein Kopftuch. Freiheit ist nicht westlich oder östlich, sondern universell!“ [...]

Nach dieser Kopftuchgeschichte habe ich im Iran Frauen gesehen, die auf der Straße eingegraben und gesteinigt worden sind. Ich habe immer wieder gedacht: Wenn die Welt von so etwas hört, stehen alle auf und machen etwas. Aber die Weltöffentlichkeit hat nur zugesehen und nichts



getan, auch die Regierungen nicht. Im Gegenteil: Die Postmodernisten, Multikulturalisten und andere nennen Kritik am islamischen Regime „Islamophobie“. Diese Leute verkaufen das Kopftuch als Form der Freiheit und erklären die Burka zu einem Frauenrecht. Sie erklären, das Kopftuch in Schulen oder Arbeitsplätzen gehöre zur feministischen Bewegung. Nein! Das Kopftuch ist ein Symbol einer politischen, frauenfeindlichen Bewegung. Und die Frauen im Iran gehen auf die Straße gegen das Kopftuch und die islamische Regierung! [...] Ich behaupte die Bewegungen im Iran, die Frauenbewegung, die Arbeiterbewegung, die Studentenbewegung, die Bewegung gegen die Armut sind alle wichtig. Sie sind eine gesellschaftliche und politische Antwort auf eine barbarische, frauenfeindliche, unmenschliche Bewegung namens politischer Islam, namens islamistische Bewegung. Das ist wichtig. Und nicht nur im Iran.
[...]

Mein Aufruf an alle Feministinnen und Frauenorganisationen in Deutschland: Bitte kommen Sie auf die Straße. Gehen Sie auf die Straße und verteidigen sie die Frauenbewegung im Iran gegen das Kopftuch! Nieder mit der islamischen Regierung!¹⁶



BUSINESS CONSULTANT TIED TO IRANIAN REGIME FILES DEFAMATION LAWSUIT AGAINST IRANIAN DISSIDENT IN GERMANY

Once more the Iranian regime is showing the ugly face of its dictatorship abroad, this time in Germany and through briefcase-bullying and a predatory lawsuit to muzzle free speech of those who oppose its reign of terror and its fundamentalist ideology. This time the threat of lawfare is against Dr. Kazem Moussavi an avid environmentalist and human rights activist.

The regime's frontman is Dawood Nazirizadeh, a business consultant who has led several German business delegations to Iran. He is a member of the German Social-Democratic Party, (SPD) and the former fellow at Friedrich Ebert Foundation (FES), affiliated with the SPD. Nazirizadeh is also a board member of the "Islamic community of the Shiites in Germany" (IGS), an organization entirely controlled by the Iranian regime. IGS organizes the annual Al-Quds Day rally in Berlin, an event sponsored by clerical regime to fuel anti-Semitism and hatred against Israel.

For the past several years, Nazirizadeh has led German business delegations to Iran, seeking to fill Iranian regime's coffers

The lawsuit claims that Dr. Moussavi's work exposing Nazirizadeh's ties to Tehran is defamatory. As the icing on the cake, and to throw a chill up the all of our spines, the regime's legal boss in this case is the notorious Michael Hubertus von Sprenger, a past attorney for a long list of dictators, right-wing extremists, and Holocaust deniers.

To begin with, for Nazirizadeh to prevail in the lawsuit, he has to prove that the defamatory statement (that he is connected to the Iranian regime) must be objectively false, obviously a meritless case. However predatory lawsuits are typically backed by big pockets and are designed to entangle the victims in a trap of financial and time challenges, enough for them to give up. But should Kazem Moussavi give up?

The price of shutting up in front of Iran's dictators now, and in this case in Germany, is far more than what Dr. Moussavi or any of us can afford, or are willing to pay. If the Iranian regime is allowed to muzzle and suppress one activist against its reign of terror and its anti-semite campaigns, it can muzzle all of us.

KAZEM MOUSSAVI

Dr. Kazem Moussavi is the editor of Iran Appeasement Monitor, the German section of the Iranian American Forum. He is also one of the co-founders of the Green Party of Iran and was an active and prominent member of Stop the Bomb organization in Germany. Dr. Mousavi is a graduate of civil engineering and environmental engineering from Technical University of Berlin (TU Berlin).

Dr. Moussavi is a frequent speaker at anti-regime rallies and conferences and has published numerous reports, on Iran's environmental crisis and Iranian regime's human rights violations. Dr. Moussavi has been relentlessly exposing Iranian regime's web of influence and its network of Islamic centers in Germany.

His reports and activities have resulted in the cancellation of Tehran's sponsored economic conferences disguised as cultural events. He is a leading activist in opposing the anti-Semitic Al-Quds Day rally while combatting Tehran's campaign against Israel in Germany. His effective campaign has enraged governmental press in Tehran, resulting in their constant smear attacks against him.

During the recent popular uprising in Iran, the German newspaper Die Welt published a special report featuring Dr. Moussavi's view and his criticism of Germany's appeasement policies toward the Iranian regime. He was also interviewed by the popular TV show Berlin Direkt, (a TV magazine broadcasting by German public-service television), and demanded that the German foreign minister stop putting economic interests before human rights issues.

WHO IS DAWOOD NAZARIZADEH?

Promoting Iranian regime's ideology and fueling anti-Semitism in Germany Dawood Nazirizadeh is a founding member of Imam Hussein Mosque in Wiesbaden which according to Deutsche Welle is a subsidiary of Islamic Center in Hamburg (IZH). Hamburg Center is controlled by the Iranian regime and according to Bild, "The head of the IZH, Reza Ramezani, is considered to be the representative of Ali Khamenei in Germany."

Mr. Nazirizadeh is also an active board member of the Islamic community of the Shiites in Germany (IGS), an organization controlled by the Iranian regime. The head of IGS is the Iranian cleric Mahmoud Khalil Zadeh who is the Imam of Islamic Center in Frankfurt. The chairman of IGS's "scholar board" is cleric Reza Ramezani, the Imam of Islamic Center in Hamburg. In 2017 Dawood Nazirizadeh told German daily TAZ that he didn't deny that anti-Semitism does exist in the German Muslim community and that "we take action against it." He then falsely claimed that the Al Quds rallies were not organized by the IZH or the IGS. He moreover said that criticism of Israel's alleged human rights violations must not be judged as

anti-Semitic. Nazirizadeh then refused to publicly denounce Iran's 2017 Holocaust Cartoon Prize Competition as anti-Semitic.

In addition to the mosque, the Hamburg center has a Shiite seminary which is affiliated to the Seminary of Qom in Iran. Hamidreza Torabi is the head of Hamburg seminary (Islamic Academy Germany, IAD/ IZH). In 2016 Kazem Mousavi unveiled the leading role of Torabi in the annual Berlin Al Quds-Day. In March 2016, Mr. Nazirizadeh led a German inter-faith delegation to visit Iran, and in coordination with the Iranian regime, the delegation visited Al-Mustafa University in Qom. Founded in 2007 and controlled by Iran's Supreme Leader Ali Khamenei, Al Mustafa trains foreign Shia clerics, scholars, and missionaries. Its main campuses are in Iran and have more than one hundred seminaries, Islamic schools and religious centers around the world. Al-Mustafa disseminates the regime's ideology in the Islamic world and helps the Revolutionary Guards' Quds Forces to recruit pro-regime fanatics around the globe. Al-Mustafa is very active in Germany. The visit by German inter-faith delegation is part of the Iranian government public relation campaign to present a peaceful and soft image of the regime mask the blatant discrimination against religious minorities in Iran.

NAZIRIZADEH AND TEHRAN'S BUSINESS DIPLOMACY

For the past several years, Iran has been trying hard to lure European companies and investors to Iran. The expansion of European business ties with Iran could help Tehran to salvage its depleted economy and as a result, enables the regime to sustain its vast system of repression and pursue its regional ambitions. At the same time, the Iranian regime uses its relation with Western businesses as leverage to shape European and American policies toward Iran and shield itself from future sanctions and harsher Western policies.

Nazirizadeh and his consulting firm in Germany are very active to encourage German companies to do business with Tehran and acts as an intermediary between German companies and Iranian entities, some of them tied to Revolutionary Guards.

In September 2016, he organized the visit by a German business delegation to Tehran. The Economy minister of Hesse led the delegation that included representatives of German companies.

In October 2016, Nazirizadeh accompanied a German business delegation to Tehran. The delegation was led by Sigmar Gabriel (then Minister for economic affairs,) accompanied by representatives of German companies.

In February 2017, Nazirizadeh accompanied a German business delegation to Iran. The delegation was led by the undersecretary of the ministry for economic affairs, Joe Weingarten, of Rheinland-Pfalz and included representatives of German companies.

Nazirizadeh is the official representative of the Ministry of Economy of the State of Rheinland-Pfalz in its business dealing with the province of Alborz (Alborz Gazwin Industrial Estate) and cities of Tabriz and Isfahan and Kish island in Iran.

Nazirizadeh told German newspaper Tagesspiegel that he was not in contact with the Iranian government in relation to the Alborz Economic Projects: "I have no contacts with the Iranian government, except for the Economic Department of the Provincial Government of Alborz," he told the Tagesspiegel.

Alborz Provincial Government has the largest industrial city in Iran. Alborz has the highest rank in foreign investment among industrial towns in the country. The managing director and its deputies are appointed by the Ministry of Industry and Mines and the Islamic Republic's Ministry of Intelligence. Although some companies and small-scale private manufacturing companies operate in the industrial city of Alborz, the shareholders and owners of the major companies of this industrial complex are: Alborz Governor's Office, the Bank of Trade (Tejarat), which was under International sanctions, Mostazafan Foundation (Glucosean), Foundation Barkat of Imam (Blessing of the Imam) Committee (Firooz), as well as the Basij Engineer organization, and the Revolutionary Guards.

Iran's Religious and governmental organizations abroad are required to work on the promotion and expansion of Khamenei's anti-western message, addressing youth in the United States and European countries.

Nazirizadeh is the head of the Refugee Academy in Wiesbaden (affiliated with the Islamic Shiite community of Germany) and the Imam Hussein Mosque Center in Wiesbaden (affiliated with the Hamburg mosque), sponsored by German government agencies to assist refugees in learning language and employment. His academy enjoys thousands of Euros federal funds to promote so-called anti-Fundamentalism and preventing violence.

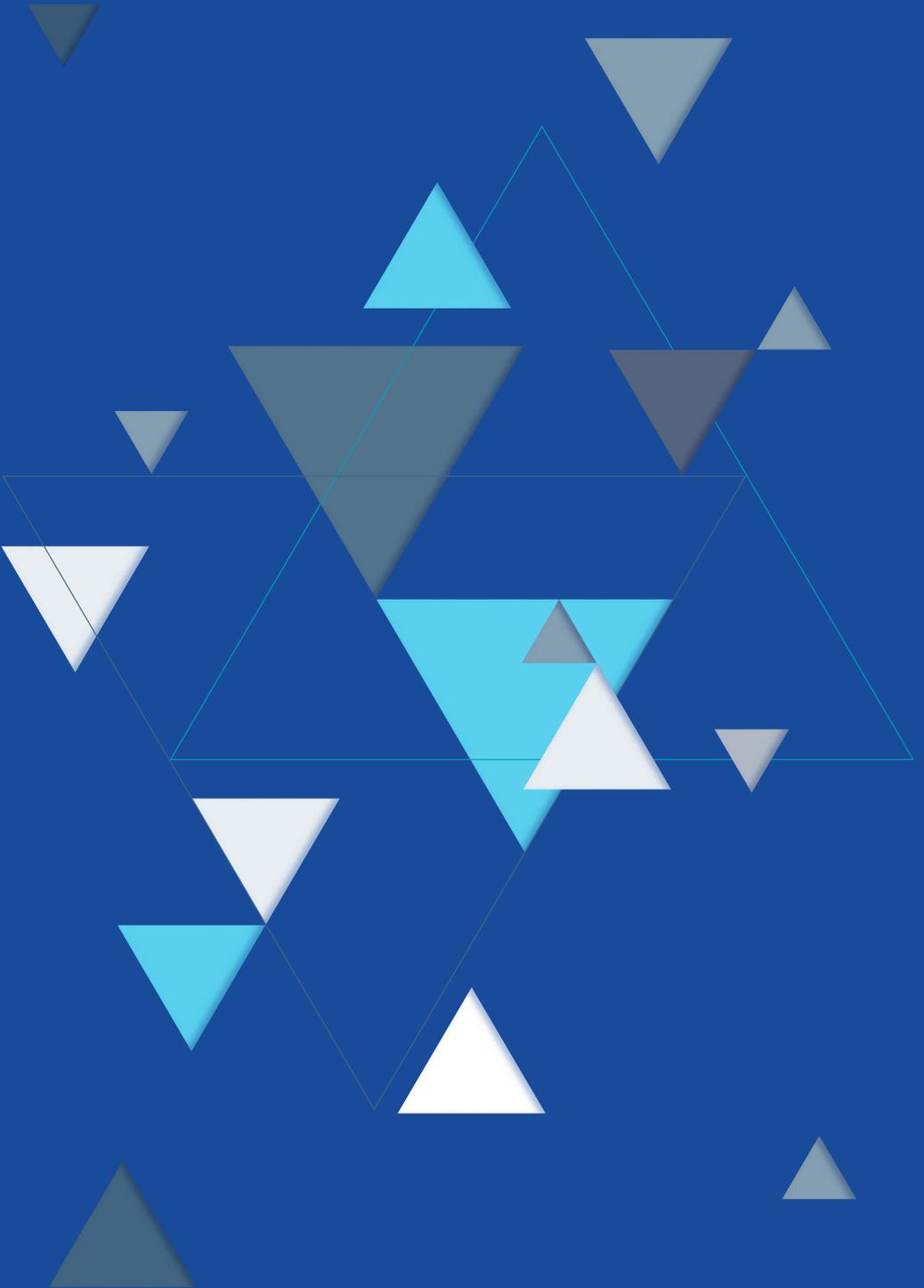
Nazirizadeh's lawyer is Mr. von Sprenger. He is widely known for representing Turkish president Erdogan in his case against German satirist Jan Bohmermann, right-wing extremists like the former editor of the extreme right-wing newspaper Deutsche Nationalzeitung and founder of the extreme right-wing party DVU, the late Gerhard Frey, Holocaust deniers such as David Irving, right-wing populists like Jürgen Elsässer, and Milli Görüş.

Dawood Nazirizadeh and his lawyer, Mr. von Schepnerger, claimed in their lawsuit against Dr. Kazem Mousavi that his (Dr. Moussavi's) goal is to overthrow the Iranian regime. For this purpose, Dr. Moussavi had launched a blogging campaign to prevent a rapprochement between Iran and Germany.



TEXT ZUM PLAKAT

Schon seit Ende vergangenen Jahres wird die Islamische Republik Iran von Protesten in einer Größenordnung ergriffen, wie es sie seit 2009 nicht mehr gegeben hat. Die Menschen demonstrieren nicht nur gegen die wirtschaftliche Lage, die Korruption und die tagtäglichen Repressionen: Im ganzen Land richten sie ihren Protest mittlerweile dezidiert gegen die Islamische Republik als Ganzes und riskieren so ihr Leben. Im Januar gingen die Bilder von Vida Movahed um die Welt, die aus Protest gegen die Islamische Republik und die repressive Kleiderordnung im Zentrum Teherans auf einen Stromkasten stieg – in ihrer Hand einen Stock, darauf ihr weißes Kopftuch. Unter Rufen wie „Nieder mit der Islamischen Republik“ und „Tod den Mullahs“ zeigen die Protestierenden, dass es ihnen nicht um eine Reform geht, sondern um einen Umsturz. Besonders die Unterdrückung von Frauen, die konstituierendes Element des Regimes ist, wird nicht mehr länger hingenommen. Sinnbildlich dafür wollen sich immer mehr Frauen von ihrer Zwangsverschleierung befreien, sogar auf die Gefahr hin auf ungewisse Zeit inhaftiert zu werden.



HAMBURGER BÜNDNISAUFRUF GEGEN DEN AL-QUDS-TAG

Der alljährlich stattfindende und vom iranischen Regime initiierte Al-Quds-Marsch ist, vielleicht neben Udo Pastörs, das Brachialste, was der Antisemitismus in Deutschland dieser Tage zu bieten hat. Jeden Sommer versammelt sich eine dreistellige Gruppe an Menschen, um ihrem Vernichtungswunsch gegen Israel Ausdruck zu verleihen. Dabei bedürfen sie meist OrdnerInnen, die sie davon abhalten, direkt vor Ort Jagd auf Jüdinnen und Andersdenkende zu machen. Es ist daher sehr begrüßenswert, dass es zu großen Gegenprotesten kommt.

Allerdings bleibt das breite Engagement gegen die beim Al-Quds-Tag aktiven Gruppen oft auf das Großereignis selbst beschränkt. Die Organisatorinnen, früher war es das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) unmittelbar, heute vermittelt über eine ominöse Al-Quds AG, erfreuen sich aber dennoch breiter gesellschaftlicher Anerkennung. Während wahrscheinlich kaum eine Regierungsvertreterin ein gutes Wort über den Antisemitinnenaufmarsch verlieren würde, wird mit den Organisatorinnen fleißig an Staatsverträgen, Leseprojekten und dem "Kampf gegen den Extremismus" gearbeitet. Dabei sollte sich eine Zusammenarbeit mit Antisemitinnen und Schergen der islamischen Republik Iran, deren Ziel es ist, Israel nuklear auszulöschen, von selbst verbieten.

Daher beabsichtigen wir, dieses am Sonntag nach dem Al-Quds-Tag (also am 10. Juni) durch eine Kundgebung vor dem IZH die Aufmerksamkeit auch auf die Urheber des Al-Quds-Marsches zu lenken. Wir verstehen uns nicht als Konkurrenzprojekt, sondern als Ergänzung zu den Gegenprotesten in Berlin, und uns ist an solidarischer Kooperation mit diesen gelegen. Momentan versuchen wir, uns mit anderen Hamburger bzw. norddeutschen Gruppen zu verständigen, um die Kundgebung in Hamburg auf die Beine zu stellen.

Solltet ihr Interesse an einem Bündnis beziehungsweise einer Kooperation zu diesem Ziel mit uns haben, würden wir uns sehr über eure Rückmeldungen freuen, dies gilt auch, wenn ihr nur als Unterstützerinnen auf dem Papier stehen wollt.